

# Experte warnt vor Terror von rechts

Nur jede fünfte Attacke auf Flüchtlingsheime wird in NRW aufgeklärt. Kriminologe Pfeiffer fordert auf Fachtagung besonderen Schutz für die Einrichtungen

Von Holger Dumke

**An Rhein und Ruhr.** Als „beschämend“ hat der renommierte Kriminologe Christian Pfeiffer die niedrige Aufklärungsquote bei Straftaten gegen Migranten genannt. „Ich habe Sorge, dass wir Terrorangriffe von rechts bekommen wie in den 90er-Jahren in Solingen“, warnte Pfeiffer gestern auf einer Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Düsseldorf. Rund um Flüchtlingsheime müssten Überwachungskameras und Bewegungsmelder-Leuchten installiert werden. „Besonders gefährdete Orte bedürfen eines besonderen Schutzes“, meinte der frühere Direktor des Kriminologischen Instituts Niedersachsen und warnte vor falscher Sparsamkeit.

241 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte hatte es im vergangenen Jahr gegeben – fast zehnmal so viele wie 2014 (die NRZ berichtete). Die Masse waren Propagandadelikte, Sachbeschädigungen; es waren aber auch zehn Brandanschläge und mehrere Körperverletzungen darunter – und nur etwa jede fünfte Straftat wird aufgeklärt (21,3%). „Wir haben uns zu lange an den Gedanken gewöhnt, Angriffe auf Flüchtlinge wären ein Problem anderer Bundesländer“, sagte GdP-Landeschef Adi Plickert und fordert mehr Anstrengungen zum Schutz der Zuwanderer. Die Polizei hatte ihre Präsenz vor Unterkünften im letzten Jahr erhöht.

Plickerts Stellvertreter Wolfgang Spies verwies auf einen Vorfall aus dem sauerländischen Altena, wo ausgerechnet ein Feuerwehrmann den Dachboden einer Flüchtlingsunterkunft in Brand setzte und nur durch Glück kein Mensch zu Schaden kam: „Die Täter kommen oft aus dem direkten Umfeld der Unterkünfte, viele sind bisher gar nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gekommen.“

Mit Sorge betrachtet die Gewerkschaft aber nicht nur Straftaten gegen Zuwanderer, sondern auch jene, die von Zuwanderern ausgehen. „Spätestens sei den Silvesterübergriffen von Köln wissen



Eine Flüchtlingsunterkunft (damals in Bau) war im vergangenen Jahr in Oberhausen Ziel eines Brandanschlags. FOTO: GW



„Ich habe Sorge, dass sich die Schande wiederholt“

**Christian Pfeiffer**, Kriminologe, fürchtet, dass es zu Brandanschlägen mit Toten wie in den 1990er Jahren in Solingen kommen könnte

alle, dass mit der Flüchtlingswelle auch Menschen zu uns gekommen sind, die ihren Unterhalt durch Straftaten finanzieren“, sagte GdP-Chef Plickert. Die Gewerkschaft forderte ein landesweites Lagebild zur Kriminalität in Flüchtlingseinrichtungen, monatlich aktualisiert. Bisher gibt es nur einen Überblick über die 300 Landeseinrichtungen, wo im vergangenen Jahr 2591 Straftaten gezählt wurden (allerdings passierten auch gut 330 000 Zuwanderer diese Unterkünfte).

Mehr Ladendiebstähle ja, mehr Schwarzfahrer auch – Experte Pfeiffer geht aber nicht davon aus, dass die Flüchtlinge für einen insgesamt deutlichen Kriminalitätsanstieg sorgen. Er warnte davor, die Zuwanderer einzuteilen in „gute“ Kriegsflüchtlinge mit Bleibechance (z. B. aus Syrien) und „schlechte“ Wirtschaftsflüchtlinge (aus Nordafrika), die von vornherein keine Aussicht aufs Bleiben haben. Das erhöhe die Wahrscheinlichkeit, dass sie straffällig werden.

Pfeiffer hat seine eigene Sicht auf die Leute, die in der Silvesternacht in Köln und anderswo straffällig wurden: „So verhalten sich Menschen, die keine Perspektive haben.“ Für Polizist Jürgen Tölle, der in Münster viel mit nordafrikanischen Intensivtätern zu tun hatte, reicht das als Erklärung nicht: „Unserer Erfahrung nach sind das vielfach Leute, die auch schon in ihren Heimatländern straffällig wurden, Verlierer der arabischen Revolution, bildungsfern.“ NRZ

## INGESTELLTE VERFAHREN: JUSTIZ IN DER KRITIK

■ **Bei der Polizei** wird der Umgang der Justiz mit nordafrikanischen Intensivtätern inzwischen offen hinterfragt. „Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts“, sagte der Münsteraner Kommissariatsleiter Jürgen Tölle, bei dem Forum. Dies spreche sich auch in den Heimatländern herum.

■ **„Die Justiz definiert** eine sehr hohe Schmerzgrenze bevor sie jemanden in eine Haftanstalt einweist“, hatte auch GdP-Landeschef Adi Plickert unlängst in der NRZ kritisiert. Angesichts der Tatsache, dass eine Vielzahl von Verfahren eingestellt wird, sorgte sich Plickert um die abschreckende Wirkung. dpa/NRZ

# Kritik am Umgang der Justiz mit Tätern aus Nordafrika

Polizisten halten Strafverfolgung für zu lasch. Das mache Deutschland für Kriminelle attraktiv.

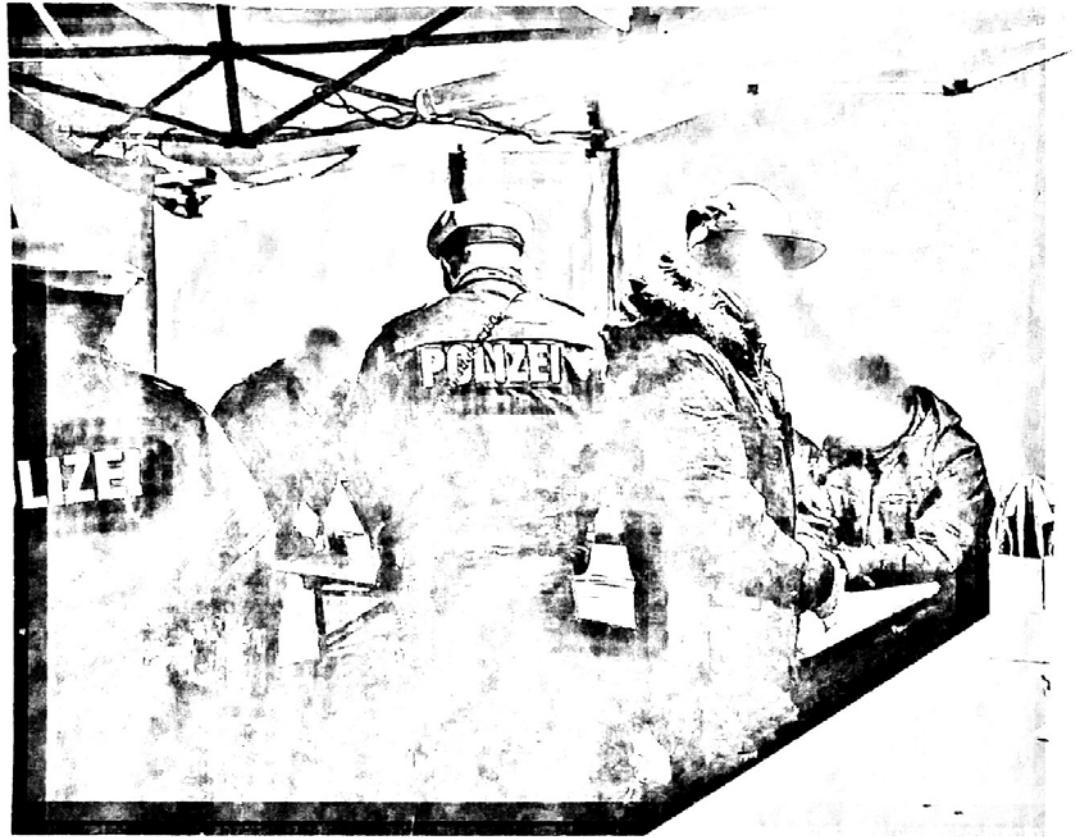
Von Ulrich Hoek

Düsseldorf. In Deutschland hat sich ein Zwei-Klassen-System von Flüchtlingen entwickelt, dass die Polizei noch lange beschäftigen wird. Das ist die Meinung des niedersächsischen Kriminalitätsexperten Professor Christian Pfeiffer, die er beim Kriminalforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gestern in Düsseldorf vorgestellt hat. „Das Ergebnis davon haben wir in der Silvesternacht in Köln gesehen“, sagt Pfeiffer. „Hochaggressiv, frustriert, sauer – so verhalten sich Menschen, denen man die Perspektive genommen hat.“

## Flüchtlinge ohne Perspektive werden eher kriminell

Da sind die Flüchtlinge erster Klasse, aus Syrien oder dem Irak etwa. Oder anders gesagt: Die mit einer Bleibeperspektive. Und dann gibt es die anderen. Menschen aus Afghanistan zum Beispiel, aus Osteuropa oder aus Nordafrika. „Dieses Problem haben wir selbst geschaffen“, sagt Pfeiffer. Erst seien die Menschen mit offenen Armen reingeholt worden, um ihnen dann zuzusagen: „April, April, ihr müsst wieder gehen.“ Menschlich seien Syrer und Nordafrikaner gleich gut oder schlecht. „Es ist die Perspektivlosigkeit, die Kriminalität produziert“, sagt der Wissenschaftler.

Jürgen Tölle, Kommissariatsleiter in Münster, hat sich intensiv mit nordafrikanischen Straftätern beschäftigt. Für ihn sind sie die Verlierer der arabischen Revolution. Auch in ihren Heimatländern lebten sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt. In Deutschland haben sie keine Perspektive, die meisten von ihnen gingen von ihrer baldigen Abschiebung aus, sagt Tölle.



Polizisten kontrollieren im Januar Nordafrikaner im sogenannten Maghreb-Viertel in Düsseldorf. Archiv-Foto: dpa

le. „Und sie haben eine eigene Einschätzung davon, was eigentlich mit ihnen passieren müsste“, sagt er. Aus ihren Heimatländern seien sie einen robusteren Umgang gewöhnt. Ein Umstand, der sich daran zeige, dass sie es kaum glauben könnten, wenn sie wenige Stunden nach der Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt würden. „Wir werden dann ganz misstrauisch angeguckt, weil sie das für einen besonders perfiden Trick halten“, sagt Tölle.

## Die gefühlte Sicherheitslage ist schlechter geworden

Die aus ihrer Sicht folgenlose Reaktion des Staates auf Straftaten führe zu einem Nachzug der Szene aus den jeweiligen Ländern. Mit dem Zuwachs an Asylsuchenden im vergangenen Jahr hätte das jedoch kaum etwas zu tun, betont Tölle. „Diese Gruppen sind teilweise seit mehreren Jahren hier aktiv.“

Die gefühlte Sicherheitslage hat sich in Deutschland spätestens nach der Silvesternacht geändert. Die Kriminalitätssta-

tistik spricht eine andere Sprache. Umfragen in der Bevölkerung, ob die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen oder gesunken sei, zeichnen ein düsteres Bild, sagt Christian Pfeiffer. „Dabei ist die Gesamtkriminalität um acht Prozent zurückgegangen – in einer Zeit, in der sich der Anteil der Migranten deutlich erhöht hat.“ Dennoch, oder gerade trotzdem, fordert Pfeiffer die flächendeckende Videoüberwachung von Flüchtlingsheimen. „Sie sind besonders gefährdete Orte, genauso, wie es etwa Synagogen oder Moscheen sind“, sagt er.

So hat es im vergangenen Jahr 241 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte in NRW gegeben. Bis Februar seien 50 dazu gekommen. Aufgeklärt wurden rund 20 Prozent der Fälle. „Ich habe Angst, dass wir in den nächsten Jahren wieder Terrorangriffe auf Migranten wie in den 90er Jahren erleben“, sagt Pfeiffer.

Der massive Anstieg der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte bereitet auch Arnold Plickert große Sorgen. „Wir

## KRIMINALITÄT

**ERMITTLUNGSVERFAHREN** Auch über Straftaten in Flüchtlingsheimen gibt es eine Erhebung. 2015 leitete die Polizei in NRW 2591 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten in einer Unterbringung ein. Darunter sind 851 Verfahren wegen Körperverletzung beziehungsweise gefährlicher Körperverletzung. Hinzu kommen 793 Verfahren wegen Diebstahl, 151 wegen Bedrohung und 133 wegen Sachbeschädigung. Hochgerechnet seien dies zwölf Straftaten pro 1000 Flüchtlinge in den zentralen Unterbringungen und Erstaufnahmeeinrichtungen, sagt Peter Andres. Er ist Leiter der Verbindungsstelle der Polizei zur Bezirksregierung Arnsberg in Flüchtlingsangelegenheiten.

haben uns zu lange an den Gedanken gewöhnt, Angriffe auf Flüchtlinge wären ein Problem anderer Bundesländer, dabei gibt es auch in NRW längst Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, sagt der Vorsitzende der GdP in Nordrhein-Westfalen.

# Kriminelle Flüchtlinge sauer auf Merkel?

Krimi-  
nologie-  
Professor  
Christian  
Pfeiffer  
kritisiert  
die Politik  
von  
Angela  
Merkel.



Professor Christian Pfeiffer macht deutsche Politik für Ausschreitungen in Köln mitverantwortlich

**Düsseldorf** - Der Kriminologie-Professor Christian Pfeiffer (72) hat die hohe Frustration der Flüchtlinge aus Nordafrika für die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln verantwortlich gemacht. „Hochfrustriert, aggressiv, sauer: So verhalten sich Menschen, denen man die Perspektive genommen hat. Das haben wir produziert“, sag-

te Pfeiffer bei einem Forum der Gewerkschaft der Polizei in Düsseldorf. Die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (61) sei mitverantwortlich dafür, wenn Flüchtlinge „die Sau raus“ ließen. „Wir haben ein Zwei-Klassen-System geschaffen. Die Menschen aus Syrien und Irak - und die anderen. Erst die Arme ausbreiten,

die Leute reinholen und dann sagen: April, April.“

Der Kommissariatsleiter Jürgen Tölle hinterfragte den Umgang der Polizei mit den Flüchtlingen. „Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts.“

Wegen der Schließung der Balkan-Route gehen auch in Köln die Flüchtlingszahlen zurück. Die Stadt Köln teilte mit, dass die „Drehscheibe“ am Flughafen im April aufgelöst wird. Seit September waren 56 Sonderzüge dort angekommen. Künftig übernehmen Dortmund und Düsseldorf die Drehscheiben-Funktion.



# Pfeiffer: „Keine Machokultur zulassen“

Star-Kriminologe sprach gestern vor Gewerkschaftern der Polizei

VON MARC HERRIGER

**Düsseldorf** - Einmal im Jahr lädt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach Düsseldorf zu ihrem Kriminalforum. Thema diesmal „Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderern“. Stargast gestern im Bürgersaal Bilk: Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer. Seit Jahrzehnten erforscht der emeritierte Professor die Ursachen für kriminelles Verhalten.

Er machte gestern ganz klar, dass nur gelungene Integration Kriminalität unter Einwande-

ren verhindere. „Das zeigen alle unsere Studien.“ Beispiel Oldenburg: Dort sind die ethnischen Zusammensetzungen an den Kindergärten gut gemischt, fast jedes türkische Kind wurde von einem deutschen Spielkameraden schon mal zum Geburtstag eingeladen. In Dortmund dagegen nur jedes vierte türkische Kind. In Oldenburg ist die Kriminalitätsrate unter türkischen Jugendlichen deutlich niedriger als in Dortmund, wo sich in manchen Stadtteilen Parallelgesellschaften gebildet haben.

„Wir müssen im Angesicht der Einwanderung aus arabischen Ländern die Machokultur bekämpfen“, betonte Pfeiffer. Dort, wo das gelungen sei, gehe vor allem die Gewaltkriminalität deutlich zurück.

Zuvor hatte Peter Andres, Leiter der Verbindungsstelle der Polizei bei der für die Flüchtlingsverteilung zuständigen Bezirksregierung Arnsberg, Zahlen über Flüchtlingskriminalität präsentiert: Maximal zwei Prozent der Flüchtlinge habe 2015 Straftaten begangen.



Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer forderte beim Kriminalforum mehr Integration um Kriminalität einzudämmen.



WAZ – Titel

## Flüchtlinge und Kriminalität: GdP will Klarheit

**Düsseldorf.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert ein monatliches landesweites Lagebild der Kriminalität von und gegen Flüchtlinge. Nicht nur die sprunghaft gestiegene Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsheime bereite Sorge, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert am Rand einer Tagung zum Thema in Düsseldorf. „Spätestens seit Köln wissen alle, dass mit der Flüchtlingswelle auch Menschen zu uns gekommen sind, die bei uns keinen Schutz vor Verfolgung suchen, sondern ihren Lebensunterhalt mit Straftaten finanzieren.“ Das betreffe „nur eine sehr kleine Gruppe“, diese müsse aber offen benannt werden.

Im vergangenen Jahr gab es laut GdP allein in den rund 300 vom Land betriebenen Flüchtlingsunterkünften knapp 2600 Straftaten durch Flüchtlinge. Für die rund 5000 von den Kommunen betriebenen Einrichtungen lägen keine Zahlen vor, sagte Plickert. *a.b./epd*

*Kommentar S. 2 / Bericht Rhein-Ruhr*

### KOMMENTAR

Andreas Böhme  
zur Polizei



## Versprochen ist versprochen

**B**erge an Überstunden, eine stetig wachsende Zahl von Aufgaben bei gleichzeitiger Reduzierung des Personals und eine offenbar überforderte Justiz. Man muss sich nicht wundern, dass deutsche Polizisten frustriert und verärgert sind. Es musste erst Terroranschläge in Paris geben und die Silvesternacht von Köln, bevor die Politik die Sorgen und Nöte ernst genommen hat.

Mehr Polizei haben die Innenminister versprochen, eine bessere Zusammenarbeit haben die Richter angekündigt. Erste Ansätze zur Besserung sind also zu erkennen, viel bleibt noch zu tun. Aber groß ist die Gefahr, dass manches Versprechen wieder einmal in Vergessenheit gerät, wenn sich die Lage an der Flüchtlings- und Terrorfront beruhigen sollte. Das wäre allerdings fatal. Denn Ruhe wird es nicht mehr geben, höchstens Atempausen. Ein Grund mehr für alle Polizisten, auf ihre täglichen Sorgen und Probleme hinzuweisen.



# Diebe ohne Angst vor Strafe

Die Polizei ist verärgert. Ihr Vorwurf: Die Justiz hat Tätern aus Nordafrika lange nicht klar gemacht, warum sie sich an deutsche Gesetze halten sollten

Von Andreas Böhme

**Düsseldorf.** Eigentlich wollten sie ja über Terrorismus sprechen auf dem ersten Düsseldorfer Kriminalforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in diesem Jahr. „Aber dann kam die Kölner Silvesternacht“, erklärt der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert. Und so haben sie gestern über „Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderer(n)“ gesprochen. Plickert spricht extra von Zuwanderern, nicht von Flüchtlingen. „Denn nicht alle Menschen, die zu uns kommen, sind Flüchtlinge.“ Und mit denen, die keine sind, tut sich die deutsche Justiz sehr schwer.

Kaum einer weiß das besser als Jürgen Tölle, Kommissariatsleiter beim Polizeipräsidium Münster und seit Jahren Experte für Taschen- und Autodiebstähle. Verübt werden sie fast immer von Nordafrikanern, von Menschen aus Marokko oder Algerien, deren Asylantrag teilweise bereits vor Jahren ab-



In vielen Städten hat die Zahl der Taschendiebstähle stark zugenommen. Auch weil den Dieben nicht viel passiert, wenn sie gefasst werden.

FOTO: IMAGO/WESTEND61

**„Deutschland ist zu einem Magneten für Flüchtlinge geworden.“**

**Christian Pfeiffer**, Kriminologe aus Niedersachsen

gelehnt worden ist, aber die trotzdem geblieben sind. „Menschen in einer Art Grauzone“ sind sie für Tölle. Er hat keine wissenschaftliche Untersuchung über sie gemacht, aber er kann sie einschätzen, sagt er. Denn er hat sie kennengelernt. Bei Überwachungen, Verhören, Verhandlungen. Er weiß, woher sie kommen und wie sie denken. „Männer ohne wirtschaftliche Perspektive, bildungsfern.“

Natürlich wissen sie, dass sie kaum eine Chance auf Asyl haben. Deshalb bleiben sie selten lange an einem Ort, nutzen mehrere Identitäten. Sie stehlen, brechen ein, handeln mit Drogen. Alleine oder in Gruppen. Nicht nachweisbar organisiert, aber gut vernetzt. Vor allem ohne Angst vor Strafe. „Wenn jemand 20 bis 30 Taten verübt, und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts“, sagt Tölle. Und genau das

erzählen sie auch bei Telefonaten mit Daheimgebliebenen. Die kommen dann gerne nach.

Erwischte Diebe aus Nordafrika könnten zunächst gar nicht fassen, in Deutschland nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß zu sein: „Die glauben, das ist ein ganz fieser Trick, und gucken uns misstrauisch an.“ Beeindruckt sind sie am Ende nicht. „Einer hat gleich in der ersten Seitenstraße neben dem Präsidium schon wieder den nächsten Wagen aufgebrochen“, erzählt Tölle und fasst zusammen: „Die Justiz hat diesen Menschen lange nicht klar gemacht, warum sie sich an Gesetze halten sollten.“

In Münster wissen sie es mittlerweile. Dort hat Tölle eine Sonderkommission gebildet, hat weit über 1000 Diebstahlverfahren noch mal unter die Lupe genommen, hat Verbindungen zwischen ihnen geknüpft, Razzien durchgeführt, der Staatsanwaltschaft so Beweise geliefert. Viele Nordafrikaner kamen bei den deshalb eingeleiteten Verfahren in Haft. Auch das hat sich herumgesprochen. „Die Fallzahlen sind zurückgegangen.“

Doch schon droht neue Gefahr. Der Kriminologe Christian Pfeiffer

hat gestern einmal mehr vor einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ unter Migranten gewarnt. Während Kriegsflüchtlinge gute Bleibechancen hätten und sich vor allem im ersten Jahr deshalb sogar meist friedlicher als Einheimische verhielten, hätten Zuwanderer aus Nordafrika oder Afghanistan keine Perspektive. „Sie wissen, dass sie kein Asyl bekommen. Aber die große Mehrheit wird lieber illegal in Deutschland bleiben als die Heimreise anzutreten“, bestätigt der ehemalige Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Tölles Erfahrungen. Viele dieser Illegalen könnten dann in die Kriminalität abdriften.

## Kriminologe warnt vor Visa-Freiheit für Türken

Nach Pfeiffers Einschätzung ein hausgemachtes Problem. Deutschland sei durch seine lange gepflegte Willkommenskultur „zu einem Magneten für Flüchtlinge geworden“. Erst die Arme ausbreiten, sagen, „Wir schaffen das“, um dann aber zwischen den Flüchtlingen zu unterscheiden, „das geht nicht“, findet Pfeiffer und empfiehlt, „eine Ausnahme zu machen“ und alle

2015 Eingereisten gleich zu behandeln. „Im Gegenzug müssen wir aber weiteren Zuzug stoppen.“

Deshalb rät der Professor auch eindringlich von einem Visa-Wegfall für türkische Bürger ab, wie Präsident Erdogan ihn derzeit fordert. Dann würden Hunderttausende Armutsflüchtlinge aus der Türkei in Deutschland einsickern. „Menschen, die wir mit keiner der bisherigen Maßnahmen integrieren könnten“, glaubt Pfeiffer. „Das würde sich bei den Kriminalitätszahlen zeigen.“

## Geldstrafe keine Lösung

■ Andere europäische Länder und die nordafrikanischen Heimatländer der Zuwanderer gingen **„robuster“ mit Kriminellen** um, stellte der Münsteraner Kommissariatsleiter Jürgen Tölle gestern klar.

■ Von **Geldstrafen für Wirtschaftsflüchtlinge hält er nichts**. „Was glauben Sie denn, wie sich diese Leute das Geld dafür besorgen?“

WDR vom 17.03.2016

## Gewerkschaft der Polizei fordert monatliches Lagebild



**Die Gewerkschaft der Polizei hat monatliche Berichte über Kriminalität von und gegen Flüchtlinge in NRW gefordert.**

Nicht nur die sprunghaft gestiegene Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsheime bereite Sorge, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert am Donnerstag (17.03.2016) in Düsseldorf.

"Spätestens seit Köln wissen alle, dass mit der Flüchtlingswelle auch Menschen zu uns gekommen sind, die bei uns keinen Schutz vor Verfolgung suchen, sondern ihren Lebensunterhalt mit Straftaten finanzieren. Aber das betrifft nur eine sehr kleine Gruppe." Diese müsse aber offen benannt werden.

Stand: 17.03.2016, 12:06



### Einsätze mit Flüchtlingen: Polizei wünscht sich Rechtssicherheit

Von Benjamin Sartory

In Düsseldorf beschäftigt sich am Donnerstag (17.03.2016) ein Expertenforum mit Kriminalität rund um Zuwanderung. Auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei, GdP, diskutieren unter anderem Polizisten und Kriminologen, welche Probleme es mit Straftaten unter und gegen die Asylsuchenden gibt.

Peter Andres muss es wissen. Der Polizist leitet die Verbindungsstelle der Polizei zur Bezirksregierung Arnsberg, die in NRW für Flüchtlinge zuständig ist. Andres bündelt also die Erfahrungen der Streifenpolizisten an Flüchtlingsheimen und versucht, Lösungen zu finden. Andres sagte zu Beginn des Kriminalforums: *"Da, wo man eng zusammen lebt, gibt es soziale Konflikte, die auch in Aggression ausarten können."* Die Probleme seien aber nicht schwerwiegender als außerhalb von Flüchtlingsheimen. Die Schwierigkeiten lägen woanders.

### Polizei wünscht sich Rechtssicherheit



Polizisten tauschen sich aus

Denn polizeiliche Maßnahmen, die bei der einheimischen Bevölkerung wirken und seit Jahren Routine sind, stellen die Beamten bei Flüchtlingen vor Probleme. Ein Beispiel: Verprügelt ein Mann in Deutschland seine Frau, kann die Polizei ihn aus seiner eigenen Wohnung werfen. Für maximal zehn Tage. Nur: Wie soll das in einem Flüchtlingsheim funktionieren? Der Asylbewerber darf in der Regel wegen der Residenzpflicht nicht frei durch Deutschland reisen. Wo soll er hin? Polizei und Behörden finden laut Peter Andres meist Lösungen. Aber er wünscht sich Rechtssicherheit für die Kollegen. *"Das muss durchgedacht werden"*, sagt Andres.

### Silvesternacht: "Salamimäßige" Information der Öffentlichkeit



Menschenmenge vor dem Kölner Dom in der Silvesternacht

Auch die Kölner Silvesternacht war Thema beim Kriminalforum in Düsseldorf. Wolfgang Spies von der GdP kritisierte, dass die Wahrheit über diese Nacht *"salamimäßig"* an die Öffentlichkeit gekommen sei. Die Probleme mit nordafrikanischen Tätern seien der Polizei schon seit längerem bekannt gewesen. Spies verwies auf die Ermittlungsgruppe *"Casablanca"* in Düsseldorf, die mehr als 2000 Tatverdächtige im Blick hat, die überwiegend aus Marokko stammen.

### GdP will bessere Daten



Der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert

Der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert forderte auf dem Düsseldorfer Forum ein umfassenderes Lagebild zur Kriminalität in Flüchtlingsheimen in Nordrhein-Westfalen. Man wisse zwar, dass es im vergangenen Jahr knapp 2600 Straftaten in den rund 300 Landesunterbringungen gegeben habe. Zahlen zu den 5000 kommunalen Heimen lägen aber nicht vor. Nach dem Willen der GdP sollen auch Straftaten gegen Flüchtlinge ins Lagebild.

### Angriffe auf Flüchtlingsheime

Denn die bereiten den Ermittlern wirklich Sorge. Inklusive Sachbeschädigungen und Schmierereien haben sich die Angriffe auf Flüchtlingsheime in NRW im vergangenen Jahr mehr als verdreifacht. Laut Experten sind längst nicht mehr nur klassische Neonazis die Täter. Oft seien sie augenscheinlich ganz normale Bürger. *"Dagegen müssen alle Kräfte arbeiten, auch die Gesellschaft"*, sagte Peter Andres, der Verbindungsbeamte in Sachen Flüchtlinge.

Stand: 17.03.2016, 12:32



6 13 später lesen

17. März 2016 | 19.59 Uhr

**Polizei fordert mehr Härte**

# "Justiz zu lasch gegen Nordafrikaner"

**Düsseldorf.** Polizisten fordern mehr Härte gegen straffällige Asylbewerber und besseren Schutz für Asylheime. Die Gewaltbereitschaft gegen Flüchtlinge nehme zu. **Von Christian Schwerdtfeger**

## Frauen ab 50 suchen Mann

Männer ab 65 aufgepasst. Hier gibts 2 kostenlose Vorschläge. Nur heute!



Die Polizei in Nordrhein-Westfalen beobachtet mit Sorge die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Flüchtlinge. "Das Schlimme ist, dass es längst nicht mehr nur Rechtsradikale sind, die Anschläge auf Asylunterkünfte verüben, sondern scheinbar ganz normale Leute aus der Mitte der Gesellschaft es auch tun", sagte Wolfgang Spies vom Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf einem "Kriminalitätsforum" der GdP.

Die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsheime ist in NRW im vergangenen Jahr von 24 auf 241 drastisch gestiegen. Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen, kritisierte, dass die Politik zu wenig unternehme, um die Flüchtlingsheime zu schützen. "Jede Unterkunft muss videoüberwacht und mit Laternen ausgeleuchtet werden", forderte der Kriminologe. "Passiert das nicht, kann sich das schon bald bitter rächen."

Pfeiffer bemängelte auch, dass viele Täter nicht gefasst und die meisten Verfahren eingestellt werden. Zudem lebten im Untergrund rund 150 gewaltbereite Neonazis, die mit einem Haftbefehl gesucht werden, aber wegen Personalknappheit in den Sicherheitsbehörden weitgehend unbehelligt blieben. "Das erinnert stark an den Nationalsozialistischen

Untergrund", so Pfeiffer.

---

## Jetzt Astra aussuchen



Ihr ganz persönlicher Opel Astra. Konfigurator starten!



Einen Grund für die wachsende Ausländerfeindlichkeit sieht die Polizei in den nordafrikanischen Intensivtätern. Die Ermittlungsbehörden ärgern sich darüber - und das hören sie auch immer wieder von Bürgern -, dass die Justiz nicht hart genug mit ihnen verfähre. "Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt, und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts", sagte Jürgen Tölle, Kommissariatsleiter in Münster.

Dies spreche sich auch in den Heimatländern der Täter herum. "Wir haben Leute, die werden auf freiem Fuß gesetzt und begehen nur wenige Minuten später die nächste Straftat", betonte Tölle. Erwischte Diebe aus Nordafrika könnten zunächst gar nicht glauben, in Deutschland nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß zu sein: "Die gucken uns misstrauisch an und halten das für einen fiesen Trick."

Die GdP fordert wegen dieser Entwicklungen ein monatliches landesweites Lagebild der Kriminalität von und gegen Flüchtlinge. "Spätestens seit der Kölner Silvesternacht wissen alle, dass auch Menschen zu uns kommen, nur um hier Straftaten zu begehen", sagte der GdP-Landeschef Arnold Plickert.

Quelle: RP

---

## Astra zusammenstellen



Der Astra, so wie Sie ihn möchten.  
Konfiguration jetzt beginnen!



17.03.16 | **Intensivtäter**

## Polizei fordert härteren Umgang mit Nordafrikanern

Polizisten verlangen härtere Konsequenzen für Intensivtäter aus Nordafrika. Man müsse erkennen, dass mit den Flüchtlingen auch Menschen kämen, die ihren Lebensunterhalt mit Straftaten bestreiten.

Bei der Polizei wird der Umgang der Justiz mit nordafrikanischen Intensivtätern (Link: <http://www.welt.de/152826568>) inzwischen offen hinterfragt. "Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt und zwei Drittel der Fälle werden sofort eingestellt, gewinnt der Täter natürlich den Eindruck: Es passiert mir nichts", sagte Jürgen Tölle, Kommissariatsleiter in Münster, am Donnerstag bei einem Forum der Gewerkschaft der Polizei in Düsseldorf. Dies spreche sich auch in den Heimatländern herum.

"Andere europäische Länder und ihre Heimatländer gehen robuster mit ihnen um." Problematisch seien auch Geldstrafen für Leute, die 30 Euro Taschengeld im Monat bekommen. "Wir haben Leute, die werden auf freien Fuß gesetzt und begehen nur wenige Minuten später die nächste Straftat."

In Nordrhein-Westfalen hatte die Polizei nach der Silvesternacht in Köln (Link: <http://www.welt.de/themen/uebergriffe-in-koeln/>) auf ein erhebliches Kriminalitätsproblem mit jungen nordafrikanischen Männern hingewiesen, die in den vergangenen Jahren ins Land gekommen sind. Sie seien für zahlreiche Trick-, Laden- und Taschendiebstähle verantwortlich.

Erwischte Diebe aus Nordafrika könnten zunächst gar nicht glauben, in Deutschland nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß zu sein: "Die gucken uns ganz misstrauisch an und halten das zunächst für einen fiesen Trick", sagte Tölle.

Das Zusammenspiel von Ausländerämtern und Justiz funktioniere nicht. Der Problemgruppe werde dadurch nicht klar, warum sie sich an die Gesetze halten sollte: "Unsere Strafrechtskultur bedeutet in ihrer Wahrnehmung: Es passiert nichts. Und das kann man ihnen noch nicht einmal vorwerfen."

### Kriminalitätsexperte sieht mangelnde Perspektive als Grund

Kriminalitätsexperte Christian Pfeiffer machte für die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln (Link: <http://www.welt.de/themen/uebergriffe-in-koeln/>) die Frustration dieser Gruppe verantwortlich. "Hochfrustriert, aggressiv, sauer: So verhalten sich Menschen, denen man die Perspektive genommen hat. Das haben wir produziert", sagte Pfeiffer. "Wir haben ein Zwei-Klassen-System geschaffen. Die Menschen aus Syrien und dem Irak – und die anderen. Erst die Arme ausbreiten, die Leute reinholen und dann sagen: April, April."

"Wir dürfen aber auch nicht verschweigen, dass wir uns da eine Macho-Kultur ins Land holen", ergänzte Pfeiffer. Es gebe allerdings erfreuliche Daten: Die Macho-Einstellungen bei den Zuwanderern, die schon länger hier sind, seien deutlich zurückgegangen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert ein monatliches landesweites Lagebild der



Kriminalität (Link: <http://www.welt.de/152826568>) von und gegen Flüchtlinge. Nicht nur die sprunghaft gestiegene Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsheime bereite Sorge, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert.

"Spätestens seit Köln wissen alle, dass mit der Flüchtlingswelle auch Menschen zu uns gekommen sind, die bei uns keinen Schutz vor Verfolgung suchen, sondern ihren Lebensunterhalt mit Straftaten finanzieren."

*dpa/chh*

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte v

**DIE WELT Digital**  **Im Web, auf dem Tablet und Smartphone** **> 1 Mon**